



radikal global

Bausteine für eine internationalistische Linke

Für die Bundeskoordination
Internationalismus (BUKO)
herausgegeben von Theo Bruns, Moe
Hierlmeier,
Alexander Schudy und Markus Wissen

Assoziation A Verlag
ISBN 3-935936-18-4
272 Seiten, 16 Euro

erscheint
Ende Mai 2003 !

Inhaltsverzeichnis:

Theo Bruns
radikal global
Eine Einleitung

I. Einstieg

"Preguntando caminamos" - "Fragend gehen wir voran"
Ein Gespräch über den Zapatismus und seine Resonanzen
zwischen Anne Huffs Schmid, Andrea Jung, Dario Azzellini, Joachim Hirsch, Herby Sachs und Ulrich Brand

II. Globalisierungskritik oder globale soziale Bewegungen?

Markus Wissen, Friederike Habermann, Ulrich Brand
Vom Gebrauchswert radikaler Kritik
Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis

Thomas Seibert
The People of Genova
Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke

Christoph Görg
Zurück zum Nebenwiderspruch?
Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik

Ariane Brensell und Katharina Pühl
**Hegemoniale Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus
oder Geschlechterverhältnisse als neoliberale Hegemonie?**

III. Krieg und Frieden in der neuen Weltordnung

Ernst Lohoff
"Die Furie des Zerstörens"
Gewalt und Krieg in der neuen Weltunordnung

Thomas Seibert und Alexander Schudy
Das Ende der Neutralität
Imperiales Gewaltmonopol, NGO und soziale Bewegung im Weltordnungskrieg

Andrea Nachtigall und Anette Dietrich
GeschlechterKrieg und FriedensFronten
Zur Funktion(alisierung) der Kategorie Geschlecht im Kontext von Krieg

Claudia Bernhard

GOOD BYE WASHINGTON!

Patriarchale Neuordnungen und ihre zukünftigen Chancen

Michael Hahn

Antimperialismus der dummen Kerls

Über Globalisierungskritik, Friedensbewegung und Antiamerikanismus

Josef "Moe" Hierlmeier

Das Menschenrecht auf Krieg

Zur Kritik der linken Bellizisten

III. Antirassismus - Migration - Sicherheitsgesetze

Martin Rapp

kein mensch ist illegal

networking, campaigning, camping

Manuela Bojadžijev, Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos (Kanak Attak)

Papers and Roses

Die Autonomie der Migration und der Kampf um Rechte

Regina Brunnett und Stefanie Gräfe

Freiheit, die wir meinen

Zur Kritik der neuen Anti-Terror-Gesetze

IV. Imperialismus oder Empire?

Bernhard Schmid

Auf die Müllhalde der Geschichte?

Zur Aktualität des Imperialismusbegriffs

Katja Diefenbach

Klassenkampf der Engel

Vom Glück, kommunistisch zu sein: Die Romantisierung der Multitude in "Empire"

V. Israel, Palästina und die deutsche Linke

Jörg Später

"Kein Frieden um Israel"

Zur Rezeptionsgeschichte des Nahostkonflikts durch die deutsche Linke

Hanno Loewy

Solidarität: Mit wem? - Rückkehr: Wohin?

Theo Bruns
radikal global
Eine Einleitung

Debattenbände zum Internationalismus haben in diesem Verlag eine lange und herausgehobene Tradition. Genannt seien das 1992 veröffentlichte Buch Odranoel. Die Linke - zwischen den Welten, die Textsammlung zum Aufstand der Zapatistas, Ya basta! (1994), und die Essays des Buches Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche (1997).

Das Besondere der Beiträge von Odranoel lag in der autobiografisch gefärbten Selbstreflexion einer Linken, die noch stark vom weltweiten Aufbruch des Jahres 1968 und den trikontinentalen Befreiungskämpfen der 70er und 80er Jahre geprägt war. Etliche der AutorInnen hatten Jahre politischer Haft hinter sich oder waren von Berufsverbot und Kriminalisierung bedroht. Die Epochenwende von 1989/90 - für die symbolisch der Mauerfall und (für die internationalistische Linke) die Abwahl der Sandinisten stehen mag - lag erst kurz zurück und war in ihren vollen Konsequenzen noch nicht klar erkennbar. Das Tarzan-Buch war bereits stärker von den neuen Debatten um Antirassismus und Feminismus sowie den Auseinandersetzungen um den Nachhaltigkeitsdiskurs bestimmt und von dem Versuch einer Neubestimmung der Solidarität in unübersichtlicher gewordenen Zeiten getragen. Dazwischen lag der Ya-Basta-Band über die zapatistische EZLN, beschwingt von der Euphorie über das Auftauchen dieser gänzlich neuen, den Zeitgeist konterkarierenden Bewegung, die von einigen als erste "postmoderne" Guerilla des 21. Jahrhunderts enthusiastisch begrüßt wurde.

Etliche dieser Debatten waren in vielfältiger Weise mit dem BUKO verflochten, damals noch Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, heute in Bundeskoordination Internationalismus umbenannt. Die BUKO hat über die mittlerweile gut 25 Jahre ihres Bestehens stets die Fähigkeit bewahrt, einen politischen Raum zu organisieren, in dem Debatten kontrovers und weitgehend unsektiererisch ausgetragen werden können. Ihre Stärke liegt weniger in der - sehr bescheidenen - Fähigkeit zur Mobilisierung als vielmehr darin, Prozesse der Selbstverständigung innerhalb der internationalistischen Linken zu fördern. Über die Jahre ist sie zu einer kritischen Instanz der Bewegung geworden.

Für das vorliegende Buch übernimmt die BUKO nun auch formell die Herausgeberschaft. Es ist entstanden vor dem Hintergrund der sog. globalisierungskritischen Bewegung, die nach einem langen Bewegungstief seit den Gegenaktivitäten zu den Gipfeltreffen der Mächtigen in Seattle, Prag, Genua etc. und den europäischen und Weltsozialforen an Fahrt gewonnen hat.

InternationalistInnen teilen eine Grundüberzeugung: Freiheit ist nur unter Gleichen möglich, gilt für alle oder keinen. Sie soll nach Reinhard Mey grenzenlos sein, gedeiht nicht in (national-)staatlichen Gefängnissen und nährt sich vom alten Traum einer egalitären und solidarischen Weltgesellschaft. Internationalismus ist somit nicht mit Tiersmondismus oder einer Art revolutionärer Außenpolitik auf Grass-Root-Ebene zu verwechseln. Gerade in letzter Zeit bezieht er sich wieder stärker auf innergesellschaftliche Verhältnisse, Debatten um (Anti-)Rassismus und die Auswirkungen des globalen Neoliberalismus - Stichwort Hartz-Kommission - nehmen einen breiten Raum ein.

Viele alte Gewissheiten sind hingegen verloren gegangen. Es gibt kein historisches Subjekt der Befreiung und keine geschichtsphilosophisch begründete "Gesetzmäßigkeit" der Kämpfe mehr, keine "Hauptwidersprüche" und nur höchst unklare Vorstellungen über alternative Formen der Vergesellschaftung nach dem Bankrott des "realen" Sozialismus. Es ist heute weitgehend Konsens, dass Unterdrückung und Ausbeutung ein komplexes Netz unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse entlang der Spaltungslinien von Klasse, Geschlecht und Herkunft, aber auch von Gegensatzpaaren wie Alt und Jung, "fit" oder "behindert" bilden. Diese Verhältnisse sind in sich jeweils hierarchisch,

durchdringen sich aber wechselseitig in widersprüchlicher Weise und verlaufen quer durch die Individuen hindurch. Daraus folgen einige systematische Konsequenzen.

Veränderung ist auf Bewegung angewiesen. Aber auch wer Veränderung "von unten" - und das ist ein unverzichtbarer sowohl "heuristischer" wie praktischer Blickwinkel - denken und entwickeln will, befindet sich nicht auf sicherem Grund. Der soziale Antagonismus existiert nur im Plural, verfügt über kein einheitliches Subjekt und kann sich auf kein per se "unschuldiges" oder aus sich heraus sozialrevolutionäres "Unten" stützen. Unterdrücktsein ist kein privilegierter Ort, dem die Tendenz zur Befreiung immanent wäre. Wie die Geschichte des Nationalsozialismus sowie zeitgenössische Prozesse der Selbstethnisierung und aggressiven Homogenisierung zeigen, gibt es reaktionäre, kontraemanzipative Revolten "von unten". Auch Basisbewegungen sind nicht frei von Hierarchien und konstituieren Herrschaft immer wieder neu. Dieses Buch vertritt so einen bewegungsbezogenen Blickwinkel - z.B. in Bezug auf die globalisierungskritische oder Friedensbewegung -, ohne sie in ihren konkreten Verlaufsformen unkritisch zu affirmieren.

Es gibt des Weiteren keinen archimedischen Punkt der (Gegen-)Macht, und soziale Veränderung konstituiert sich nicht primär über staatliches Handeln. Emanzipation hat kein historisch verbürgtes Fundament, sondern muss in einem ständigen Prozess neu gedacht, kontrovers diskutiert, erkämpft und überprüft werden. Soziale Bewegungen sind also Bewegungen begrenzter Reichweite. Dies beinhaltet die Absage an Machtphantasien jedweder Art, den Abschied vom "Neuen Menschen" sowie heroischen (Selbst-)Entwürfen. Die Epoche, für die in mancherlei Hinsicht die Figur des "Che" emblematisch war, ist unwiderruflich zu Ende gegangen.

Skepsis ist darüber hinaus jedem Typus von "Großtheorie" gegenüber angebracht, die vorgibt den Generalschlüssel zur Erklärung der Weltzustände in der Tasche zu haben. Die überwältigende Resonanz des Buches Empire von Negri und Hardt ist ein Indiz, dass es in der Linken ein ausgeprägtes Bedürfnis nach einer konsistenten Neubegründung des Widerstands und einer Leitlinie für die Protestbewegungen gibt. Darin ist die Gefahr einer Re-Ideologisierung enthalten. (Post-)Operatismus, Wertkritik, Regulationstheorie und Dekonstruktivismus kämpfen im linken Meinungsstreit um die pole position. Theoriebildung ist ein unverzichtbarer und orientierender Bestandteil gesellschaftsverändernder Praxis, aber jedem Denkwurf haftet etwas Provisorisches und Hypothetisches an, und er ist daran zu bemessen, ob er den Blick auf die Wirklichkeit frei legt oder sie hinter einem hermetischen Begriffsgerüst eher zum Verschwinden bringt.

Wer dieses Buch liest, wird feststellen, dass die Debatte - im Vergleich z.B. mit dem Odranoel-Buch - in vielem differenzierter, aber auch "akademischer" geworden ist. Der überwiegende Teil der AutorInnen - und das gilt sicherlich auch für viele BewegungsaktivistInnen - schreibt gerade an universitären Abschlussarbeiten und/oder ist im Hochschul- oder publizistischen Bereich tätig. Dies ist weniger eine Frage subjektiver Entscheidungen denn Ausdruck einer gesellschaftlichen Tendenz und eines Generationenwechsels: Die Verweigerung von Berufskarriere plus begleitendem Konsumverzicht hat in einer zunehmend neoliberal geprägten Gesellschaft weder eine ökonomische Basis noch wird sie von einer sozialen Bewegung getragen - und hat so ihre Attraktivität gänzlich eingebüßt.

* * *

Das Buch wird eingeleitet durch eine von Ulrich Brand moderierte E-Mail-Debatte über den Zapatismus und seine Resonanzen in der westeuropäischen Linken. Sie an den Anfang zu stellen ist eine bewusste Hommage an den nun fast zehn Jahre währenden Aufstand, der wie kaum ein anderer zur Neubestimmung der Linken beigetragen hat. Viele der aktuellen Debatten über ein anderes Politikverständnis, die Ablehnung der Staatsmacht als zentralem Vehikel sozialer Veränderung, aber auch ein anderes Verständnis von Zeit, das basisdemokratische Prozesse benö-

tigen, sind diesem Anstoß zu einem neuen Denken und Handeln verpflichtet. Selbst das Motto der globalen Protestbewegung "Eine andere Welt ist möglich" ist dem zapatistischen Repertoire entlehnt. Die Kehrseite dieser Begeisterung ist allerdings, dass die konkreten Ereignisse in Chiapas längst wieder in den Hintergrund zurückgetreten sind.

Der erste Themenblock ist der so genannten globalisierungskritischen Bewegung gewidmet. "So genannt", weil diese Bezeichnung äußerst unglücklich und irreführend ist. Vielleicht zum ersten Mal seit 1968ff zeichnet sich am Horizont wieder eine weltumspannende Bewegung ab, die in wechselseitigem Austausch an einer gemeinsamen Debatte um alternative Gesellschaftsentwürfe und Formen der Emanzipation arbeitet, an einer Vernetzung der Widerständigkeiten. Eine "Globalisierung von unten" also, die nationale Grenzen und ethnische (Selbst-)definitionen sprengt, eine internationale und internationalistische Bewegung. Um diesen Gesichtswinkel zu akzentuieren haben wir uns - nach einigem Zögern - für den Buchtitel radikal global entschieden. Die Eingangsthesen von Markus Wissen, Friederike Habermann und Uli Brand sind in Bezugnahme auf die globalen sozialen Bewegungen ein Beitrag zur Rehabilitierung von Protest und zur Neudefinition radikaler Kritik. Sie formulieren ein entschiedenes Plädoyer, am Ziel der Gesellschaftsveränderung in emanzipatorischer Absicht sowie an einer umfassenden Herrschaftskritik festzuhalten. Herrschaftsverhältnisse sind aber nicht auf Zwang zu reduzieren, sondern werden durch das Handeln der Subjekte selbst reproduziert, sind in den Alltagspraxen der Menschen verankert und müssen deshalb auch im Alltagshandeln überwunden werden, durch Selbstveränderung, die die eigene Verstrickung in hegemoniale Muster hinterfragt. Damit ist das staatliche Politikmonopol ebenso in Frage gestellt wie der Lobby- und Expertendiskurs der NGOs. Die herrschende Alternativlosigkeit lässt sich nur durch produktive Unruhe von unten überwinden. Im Anschluss an die Thesen zeichnet Thomas Seibert in seinem Beitrag "The people of Genova" eine furiose Skizze der Neuen Linken in den vergangenen Jahrzehnten. Die charakteristischen Merkmale der neu entstandenen "Bewegung der Bewegungen" sieht er darin, dass diese den Internationalismus nicht zum Ziel, sondern bereits zum Ausgangspunkt genommen hat, sowie in der Bejahung der Heterogenität und Pluralität ihrer Bestandteile. Obwohl er die Autonomie der sozialen Bewegungen herausstreicht und für ein post-avantgardistisches Politikverständnis plädiert, beharrt er auf der grundlegenden "Differenz zwischen sozialen Bewegungen und der politischen Linken". Mit Kryptobolschewismus, wie ihn ein verstockter Bakunist aus der Herausgebergruppe witterte, hat dies wahrlich nichts zu tun.

Einem anderen Aspekt wendet sich Christoph Görg zu. Er geht der Frage nach, warum die sozialen Bewegungen das Thema Ökologie in letzter Zeit vernachlässigt und so den NGOs überlassen haben. Dadurch leisteten sie der neoliberalen Umdeutung der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung durch "Problemmanagement" im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses indirekt Vorschub. Da die globalen Machtverhältnisse aber in die "gesellschaftlichen Naturverhältnisse" immer schon eingeschrieben sind, wird der "Raum für gesellschaftliche Alternativen auch an der Frage von deren Gestaltung entschieden". Der Autor plädiert deshalb für eine kritische Wiederaneignung des Ökologiethemas durch die globalisierungskritische Bewegung.

Geschlechterverhältnisse als struktureller Bestandteil des neoliberal verfassten Globalisierungsprozesses sind Gegenstand des Artikels von Ariane Brensell und Katharina Pühl. Auch wenn sie den Begriff "Patriarchat" durchaus unterschiedlich akzentuieren, sind sich die Autorinnen einig in ihrer Kritik an der konstitutiven "Strategie der Entnennung oder des strategischen Schweigens", durch die Geschlechterkonflikte unsichtbar gemacht werden. Dabei werden bestimmte Fragen - so der gesamte Bereich der Reproduktion und "Sorge-Ökonomie", aber auch andere lebensgestaltende Praxen oder der Bereich der Ökologie systematisch ausgeblendet, andere - männlich bestimmte - Subjektpositionen dagegen privilegiert. Im Widerspruch dazu fordern die Autorinnen, "feministische Perspektiven als selbstverständlichen Teil von Gegenwissen" in den Protestbewegungen zu verankern. Ihre Schlussfolgerungen zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Kriegslogik leiten zum nächsten Themenblock über.

Der umfangreichste Teil dieses Bandes ist der Debatte um "Krieg und Frieden in der Neuen Weltordnung" gewidmet. Die Beiträge wurden einige Zeit vor dem Irakkrieg konzipiert und zumeist auch geschrieben. Die langfristigen Auswirkungen der alliierten Intervention auf die ganze Region sowie die Zukunft des Irak sind nach wie vor offen und nicht absehbar und werden auf dem Pflingstkongress 2003 der BUKO ein zentrales Thema sein. Die Herausgeber des Buches waren sich in der Ablehnung des Krieges, aber auch der Distanz zu bestimmten Strömungen und Argumentationsfiguren der Friedensbewegung einig. So war die bittere Kritik an der deutschen Linken seitens der irakischen Opposition, die darauf hinwies, dass "Saddams Frieden" für sie seit Jahren Krieg bedeutete, nur allzu berechtigt. Auch die internationalistische Linke hat - um ein Beispiel zu nennen - die Tatsache, dass die so genannte Anfal-Operation (1988) gegen die irakischen Kurden nach vorliegenden Schätzungen weit mehr "Verschwundene" zum Opfer hatte als alle südamerikanischen Militärdiktaturen zusammen, weitgehend ignoriert. Auch wer das viel zitierte Paradoxon Gremlizas - dass die USA womöglich "aus den falschen Gründen das Richtige" tun - anders als der konkret-Herausgeber beantwortet, bleibt von dem zugrunde liegenden Dilemma auch aus einer kriegskritischen Position heraus nicht verschont. In immer weniger militärischen Konflikten kann eine emanzipatorische Linke sich auf einer Seite der Kriegsgegner verorten und muss als "Dritte Partei" ihre eigenen Kriterien von Solidarität und Formen des Engagements entwickeln.

Illusionen über den inneren Kern der Enduring freedom sind hingegen gänzlich unangebracht. Ernst Lohoff spürt in seinem Einleitungsbeitrag der inneren Logik der Neuen Weltordnung nach, die die Erde entgegen ihrer Verheißung sichtlich "nicht friedlicher, sondern unfriedlicher" gemacht hat. Bürgerkriegsstaaten und ethno-nationalistische Konflikte, Warlords und Plünderungsökonomien stehen nicht im Widerspruch zur Globalisierung der Marktbeziehungen, sondern sind ihr direkter Ausfluss. Und gerade die an weltzivilgesellschaftliche Vorstellungen angelehnte "Weltinnenpolitik" hat zu einer Verwilderung der internationalen Beziehungen geführt. Krieg und Ausnahmezustand drohen zum Normalzustand zu werden.

Hieran anknüpfend untersuchen Thomas Seibert und Alexander Schudy die Rolle der NGOs in den aktuellen Konflikten. Da die weltpolizeiliche Gewalt auf "humanitäre Beihilfe" angewiesen bleibt, drohen NGOs zu Herrschaftszwecken instrumentalisiert und letztlich "politisch und materiell zur Kriegspartei" zu werden. Sie werden Teil der Elendsverwaltung und häufig zur Sistierung der Flüchtlingsbevölkerungen im Kriegsgebiet herangezogen. NGOs geraten so entgegen der Neutralitätsfiktion selbst ins "Handgemenge". Auf dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen von medico international plädieren die Autoren für eine Politisierung der Hilfsarbeit und die bewusste Parteinahme auf Seiten der Opfer und emanzipativen Oppositionskräfte.

Zwei Beiträge widmen sich feministischen Positionen zu Krieg und geschlechtsspezifischen Auswirkungen militärischer Gewalt. Anette Dietrich und Andrea Nachtigall betonen aus dekonstruktivistischer Perspektive die "diskursive Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit" im Krieg und wenden sich gegen die binäre Festschreibung von Geschlechteridentitäten. Insbesondere kritisieren sie den Rekurs auf die angebliche Friedfertigkeit von Frauen und das damit implizierte "heilende Prinzip Weiblichkeit". Ihre Kritik gilt in gleicher Weise der Instrumentalisierung von Frauenrechten zur Legitimation von Kriegen - dem feministischen Bellizismus - wie einem pazifistischen "Staatsfeminismus à la Schröder".

Einen deutlich anderen Akzent setzt Claudia Bernhard. Sie untersucht verschiedene Modelle patriarchaler Neuordnung an den Beispielen der USA, Europas und der arabischen Länder. Ihnen gemeinsam ist die Dominanz eines Männlichkeitsmodells, das auf der gezielten Förderung herrschaftsrelevanter Fähigkeiten wie Leistung, Konkurrenz, Stärke und Erfolg basiert. Demgegenüber sei "die Ablehnung eines Standpunkt-feminismus völlig kontraproduktiv". Unter Anerkennung der differenten Identitätsentwürfe von Frauen in verschiedenen Ländern und sozialen Lagen sei die Entwicklung gemeinsamer feministischer Positionen und Forderungen weiterhin unabdingbar. Ein anderes heiß diskutiertes Thema der letzten Monate war der Antiamerikanismus. Wer geglaubt

hatte, bei diesem Vorwurf handele es sich nur um eine propagandistische Unterstellung von Kriegsbefürwortern, wurde durch die Berichterstattung während des Irakkriegs, aber auch durch manchen Redebeitrag auf den Demonstrationen der Friedensbewegung eines Besseren belehrt. Dabei ging das klassisch deutsch-nationale, antiwestliche Ressentiment, wie es - erst hämisch, dann larmoyant - aus vielen Fernsehkanälen strömte, eine merkwürdige Allianz mit einem zum Affekt verkümmerten altlinken Antiimperialismus ein. Michael Hahn setzt sich mit dieser Spielart des Antiamerikanismus, der die Herrschaftsinteressen der "eigenen" Eliten ausblendet, in seinem Beitrag "Antiimperialismus der dummen Kerls" kritisch auseinander.

Seit dem zweiten Golfkrieg gibt es auch von linker Seite kriegsbefürwortende Positionen. Moe Hierlmeier zeichnet - in bewusster Abgrenzung zu den unsäglichen Polemiken, die den größten Teil der Debatte kennzeichnen - die Geschichte des Verhältnisses der Linken zum Krieg nach. Er unterscheidet im Wesentlichen zwischen zwei Typen der linken Kriegsbefürwortung: dem Menschenrechtsbellizismus, der in dem Diskurs einer Weltzivilgesellschaft verortet ist, und dem "antideutschen" Bellizismus, der sich über die Bedrohung Israels durch ein unterstelltes palästinensisches "antisemitisches Täterkollektiv" begründet. Beiden Bellizismen, in denen der Krieg mehr und mehr von der ultima zur prima ratio wird, gilt Hierlmeiers engagierter Widerspruch.

Das dritte Kapitel des Buches beschäftigt sich mit den Themen von Antirassismus und Migration, Fragen, denen seit Anfang der 90er Jahre nicht zufällig eine zentrale Stelle innerhalb der internationalistischen Debatte und Praxis zugewachsen ist. Es ist die beunruhigendste Traditionslinie deutscher Politik, dass der Nationenbildungsprozess vom Kaiserreich bis heute stets von Antisemitismus und einer besonders aggressiven Abgrenzung gegenüber den "Fremden" und "Anderen" begleitet und geprägt war. Auch die Gründungsphase der Berliner Republik war von einem massiven Anwachsen des Rassismus überschattet - es sei nur an Rostock-Lichtenhagen, das erste offene Pogrom nach 1945, und die faktische Abschaffung des Asylrechts, aber auch an den Müllemannschen Appell an das antisemitische Ressentiment im letzten Wahlkampf erinnert. Die antirassistische Bewegung war so in vielem auch eine Abwehrbewegung.

Die öffentlichkeitswirksamste Kampagne der letzten Jahre war zweifellos "kein mensch ist illegal". Martin Rapp, der selbst jahrelang in diesem Zusammenhang aktiv war, formuliert in seinem Beitrag einen kenntnisreichen und im besten Sinne selbstreflexiven Abriss dieser Bewegung, ohne die Grenzen, an welche dieses Konzept gestoßen ist, zu verschweigen. Eine dieser Grenzen lag zweifellos darin, dass die antirassistische - und vorwiegend "weiße" - Linke es nicht vermocht hat, die Lebensrealitäten von Flüchtlingen in Deutschland umfassend zur Kenntnis zu nehmen.

Hier setzt der Debattenbeitrag von Manuela Bojadžijev, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos an, die gemeinsam bei "kanak attak" aktiv sind. Sie stellen die Fixierung auf das "Asyl-Paradigma" in Frage und fordern eine Legalisierungskampagne für alle hier lebenden Migrantinnen und Migranten. Auf deren Alltagswirklichkeiten und -widerständigkeiten mit Nachdruck hingewiesen zu haben ist das große Verdienst ihrer Initiative. Die von ihnen formulierte "Autonomie der Migration", die sie gleichwohl in keiner Weise mystifizieren, ist nicht nur eine theoretische These, sondern Hinweis auf eine gelebte Realität - und der gemeinsame Kampf für "Rechte" eine unabweisbare Notwendigkeit.

In ihrer Analyse der in Folge der Attentate vom 11. September durchgesetzten neuen Sicherheitsgesetze weisen Regina Brunnett und Stefanie Gräfe nach, dass diese in hohem Maße rassistisch codiert sind und die Bevölkerung der Bundesrepublik in selektiver Weise betreffen. Insbesondere MigrantInnen geraten in das Visier eines generalisierten Verdachts. Das weitgehende Schweigen der Linken zu dieser Verschärfung der Rechtspraxis ist ein Reflex dieser Tatsache. In ihrer Untersuchung der Verkopplung von repressiven und kontrollierenden Machttechniken unternehmen die beiden Autorinnen darüber hinaus eine kritische Würdigung des Gouvernamentalitätskonzepts von Foucault.

Der vierte Abschnitt des Buches behandelt die Reichweite und Erklärungskraft der Begriffe "Imperialismus" und "Empire". Bernhard Schmid und Katja Diefenbach haben sich auf dieses steini-

ge Gelände der Debatte begeben und kommen in ihren Texten zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

Bernhard Schmid plädiert für die Beibehaltung eines - zeitgemäßen - Imperialismusbegriffs, der von den Verkürzungen, die u.a. in seiner Gleichsetzung mit der ökonomischen und militärischen Macht der USA bestehen, zu befreien wäre. Der Autor insistiert auf der grundsätzlich asymmetrischen und hierarchischen Gestalt des kapitalistischen Weltsystems, das auf einem Gefälle zwischen "im Weltmaßstab unterschiedlichen, differenzierten Niveaus" der Wertschöpfung und Ausbeutung beruht. Jedoch lässt sich das internationale Wirtschaftssystem nicht mehr als "binäres Gegensatzpaar von Zentrum und Peripherie" beschreiben, sondern eher als "Leopardenfell" mit Inseln der Entwicklung und des Reichtums in einem Meer von weitgehend abgekoppelten Armutsregionen. Da die strukturelle Ungleichheit im Weltmaßstab in historisch spezifischer Weise die länderinternen Klassenbeziehungen überformt und verzerrt, ist der Imperialismusbegriff auch von politisch-strategischem Belang: Angesichts von Tendenzen zum Wohlstandschauvinismus (gegen den "Ansturm der Armen") in den kapitalistischen Kernländern bleibt die Forderung nach "internationaler Solidarität" aktuell.

Katja Diefenbach setzt sich in ihrem Beitrag weniger mit "Empire" als Gegensatz zum klassischen Imperialismusbegriff auseinander, sondern widmet sich dem zentralen Kollektivsubjekt des Buches: der "Multitude" oder - in der deutschen Übersetzung - "Menge". Im Rückgriff auf die Metapher des "Engels der Geschichte" bei Benjamin, kritisiert sie die Positivierung und Vereindeutigung dieser Figur in Empire: "Die Multitude ist das Gute, und sie wird kommen." Sie wird als widerständige Subjektivität gedacht, der etwas spontan Proto-Kommunistisches anhaftet. Eine konservative Multitude, die z.B. Haider oder Schill wählt, ist in diesem Denken nicht vorgesehen. Gegenüber dem sich darin ausdrückenden operaistischen Optimismus beharrt sie auf der messianischen Tradition jüdischen Denkens, in dem "Glück" gerade nicht "geschichtsphilosophisch programmierbar ist", sondern als Unterbrechung des historischen Kontinuums - oder mit Blanchot: als "Aufruf zu einer Bewegung" - der Katastrophe abgetrotzt werden muss.

Wohl kaum ein Thema hat die deutsche Linke in den letzten Jahren in gleicher Intensität beschäftigt - und gespalten - wie die Frage des Israel-Palästina-Konflikts, wie kein anderes ist es von Ideologisierung und Projektionen verformt und überfrachtet. Der Blick auf die realen Konfliktgründe und die Lebensrealitäten der unter ihm in beiden Gesellschaften leidenden Menschen wurde dabei weitgehend verschüttet. Eine Sichtweise zu ermöglichen, die Raum für wirkliche Empathie schafft, ist das Anliegen dieses abschließenden Teils des Buches. Dies setzt eine (selbst-)kritische Reflexion der alten "Palästina-Solidarität" voraus.

Jörg Später untersucht in seinem Beitrag die Rezeptionsgeschichte des Nahostkonflikts durch die deutsche Linke. Er kritisiert den Antizionismus der 68er-Linken, welche - vor der Folie eines internationalen Kampfzyklus - Israel einseitig als "Bollwerk des Imperialismus" wahrnahm und für die Palästinenser als Vertreter eines weltweiten antikolonialen Kampfes Partei ergriff. Dem korrespondierte eine Faschismusanalyse, die den Holocaust weitgehend ausklammerte. Im Ergebnis katapultierte sich die Neue Linke so in "revolutionärer Unschuld" aus der Verantwortung der deutschen Geschichte heraus und endete in einer Haltung erschreckender Indifferenz gegenüber den Überlebenden der Shoa. Jörg Später kritisiert aber auch eine sich als "antideutsch" apostrophierende Linke, welche den Konflikt in anderer Weise zur Fläche von Projektionen, die weitgehend dem spezifisch deutschen Kontext entstammen, macht und ihn so für heteronome Zwecke vereinnahmt. Hanno Loewy hat vor einem Jahr für die Zeit einen viel beachteten und diskutierten Essay unter dem Titel Blutiger Stillstand geschrieben, den er uns für dieses Buch ungekürzt und um einen aktuellen Nachspann erweitert zur Verfügung gestellt hat. Er wirft die Frage nach einer Solidarität auf, die nicht den jeweiligen Loyalitätsansprüchen und identitären Entwürfen folgt, sondern parteiisch ist für die Kräfte in beiden Lagern, die sich der desaströsen Eskalationslogik von Gewalt und Gegengewalt verweigern und für eine lebenswerte Zukunft in beiden Gesellschaften eintreten. Es ist in diesem Sinne eine Solidarität mit "Israel und Palästina", eine Stellungnahme "gegen Besatzung und Terror". Eine "Solidarität, die tatsächlich gebraucht wird. Eine Solidarität, die keine

Angelegenheit der Juden der Diaspora alleine wäre, sondern eines jeden, der in Zukunft in einer offenen Welt ziviler Gesellschaften und nicht in einem Zellenblock ethnisch, ›kulturell‹ abgeschotteter Zwangsgemeinschaften leben möchte."

Damit ist über diesen Konflikt hinaus ein Mindestmaßstab formuliert, dessen Einlösung unabdingbar und Voraussetzung ist, um weiter greifenden Vorstellungen von Emanzipation überhaupt eine Chance zu geben.

* * *

Die Arbeit an diesem Buch, das vor einem Jahr konzipiert wurde, glich einer Achterbahn der Gefühle und reichte von kurzen Momenten der Euphorie bis zu Phasen tiefster Depression. Auch unseren Autorinnen und Autoren haben wir viel zugemutet. Alle haben wir mit Änderungswünschen überhäuft, einige Beiträge fielen aus, andere wurden komplett neu geschrieben. Wir danken ihnen allen für ihre Geduld und Kooperationsbereitschaft und hoffen, dass sich die Mühe letztendlich gelohnt hat.

Unser Dank geht auch an den BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft, der dieses Projekt unterstützt hat, sowie an Steffi Gräfe für ihren produktiven Beistand in allen Phasen der Buchproduktion und - wie immer - an Klaus Viehmann für die Gestaltung des Buchcovers. Und natürlich an die geplagten "Liebsten" unserer Männercombo, die uns - und unseren Stress - zum Schluss nur noch unter Aufbietung eines reichlich strapazierten Galgenhumors ertragen konnten.

Markus Wissen, Friederike Habermann, Ulrich Brand
Vom Gebrauchswert radikaler Kritik
Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis

Es ist noch gar nicht lange her, da war radikale emanzipatorische Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht nur ziemlich verpönt. Sie schien sich auch als ernst zu nehmende Position auf absehbare Zeit aus den politischen Auseinandersetzungen verabschiedet zu haben. Das war in den 90er Jahren, die geprägt waren von der Niederlage sozialer Bewegungen und einer pragmatischen NGO-Politik. Auch die - bzw. damals noch "der" - BUKO stand 1992 beim Kongress in Stuttgart kurz vor der Umwandlung in eine Nichtregierungsorganisation. Die Mehrheit der Mitglieder entschied sich allerdings gegen einen solchen Schritt. Die Folge war ein langer politischer und organisatorischer Suchprozess mit manchmal mühsamen Debatten, aber auch mit erfolgreichen Interventionen (z.B. in die Nachhaltigkeitsdiskussion) vom Standpunkt radikaler Kritik aus. Dieser Prozess dauert noch immer an und hat mit dem Entstehen globaler sozialer Bewegungen an Dynamik gewonnen.

Auch für diese Bewegungen - genauer: für ihre bundesdeutschen Teile - gilt zwar, dass die radikale Linke eine eher marginale Rolle spielt. Jedoch sehen sich Teile des globalisierungskritischen Mainstreams zumindest dazu veranlasst, sich mit den Interventionen von links auseinander zu setzen. Das hat seinen Grund: Schließlich verdankt z.B. das Netzwerk Attac den enormen Zulauf, den es seit den Ereignissen von Genua im Sommer des Jahres 2001 zu verzeichnen hat, auch solchen Protesten, in denen AktivistInnen den Anliegen der Bewegungen durch gezielte Regelverletzung zu öffentlicher Aufmerksamkeit verholfen haben. Mit anderen Worten: Das weniger radikale globalisierungskritische Spektrum wurde nicht zuletzt durch eine praktisch gewordene radikale Kritik in das Wahrnehmungsfeld bürgerlicher Öffentlichkeit gespült.

Es scheint also eine Rehabilitierung und Neudefinition radikaler Kritik zu geben. Das ist höchst bedeutsam, vor allem wenn man bedenkt, dass z.B. Attac dem diffusen Unbehagen an der kapitalistischen Globalisierung zwar zur rechten Zeit einen organisatorischen Ausdruck verliehen hat, das Netzwerk aber mitnichten ein homogener Akteur ist, sondern dass sich an seiner Basis nicht wenige Gruppen und Einzelpersonen finden dürften, denen die Einführung der Tobin-Steuer, die Schließung von Steueroasen oder die Verhinderung der GATS-Implementierung als Perspektive gesellschaftlicher Veränderung nicht ausreicht. Hier kann radikale Kritik ansetzen, nicht im Sinne einer Unterwanderung bzw. eines Entrismus, sondern im Sinne eines gemeinsamen Suchprozesses. Dieser wird jedoch nur dann Erfolg versprechend sein, wenn es gelingt, den Gebrauchswert und die politische Relevanz radikaler Kritik deutlich zu machen.

In diesem Beitrag soll in zugespitzter Form zu Diskussionen und Klärungen innerhalb der globalen sozialen Bewegungen beigetragen werden. Wir wollen nicht das Spielchen "Radikale" versus "Reformisten" mitmachen. Ein großer Gewinn der jüngsten Bewegungen ist ja der Versuch, sich gegenseitig zur Kenntnis zu nehmen und voneinander zu lernen. Gleichwohl halten wir es für wichtig, sich immer wieder der konkreten Bedeutung von Radikalität zu versichern (anstatt sie einfach zu postulieren): Was bedeutet das für eigene politische Inhalte, Perspektiven und organisatorische Strukturen? Welche Erfahrungen wurden historisch und werden aktuell gemacht? Inwieweit können sie für Denken und Handeln fruchtbar gemacht werden? Welche Rolle spielen Bündnisse? Wie wird mit staatlichen Akteuren, Medien und Unternehmen umgegangen? In diesem Sinn möchten wir den Gebrauchswert radikaler Kritik ausloten. Wir haben die eher abstrakte Form gewählt, in die jedoch unsere Praxis in der BUKO, bei Peoples Global Action, bei Attac und in anderen politischen Zusammenhängen eingeht. So sollten also auch die LeserInnen versuchen, unsere Thesen auf ihre Erfahrungen zu beziehen.

1. Was heißt eigentlich "radikal"?

Radikal bedeutet für uns zunächst, auf der Suche nach einer freieren und gerechteren Welt nicht zu früh aufzuhören, Fragen zu stellen. Es handelt sich im wahrsten Sinn des Wortes darum, "an die Wurzel zu gehen".

Herrschaftsverhältnisse müssen grundlegend hinterfragt werden, statt sie gänzlich oder bis zu einem gewissen Grad als gegeben oder gleichsam "natürlich" vorauszusetzen. Sie sollen in ihrer sozialen Konstitution und damit auch in ihrer Veränderbarkeit transparent gemacht werden. Dafür ist es sowohl notwendig, sich mit ihren komplexen Ursachen, d.h. mit den gesellschaftlichen Strukturen und Kräften, auseinander zu setzen als auch im Sinne der dabei gewonnenen Einsichten gesellschaftsverändernd zu handeln.

Radikale Kritik ist dabei nicht gleichbedeutend mit theoretischer Kritik. Zwar trägt ein kritisches Verständnis der Umbrüche, die wir zur Zeit erleben, der Spannungsfelder, in denen die globalisierungskritischen Bewegungen agieren, der Widersprüche, die es zu politisieren gilt, und der Handlungsmöglichkeiten, die sich auftun, dazu bei, gesellschaftliche Veränderung in emanzipatorischer Absicht voranzutreiben. Hierzu kann theoretisch angeleitete Kritik einen wertvollen Beitrag leisten. Allerdings gilt Letzteres nicht in dem Sinne, dass eine vollständige theoretische Durchdringung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Voraussetzung für politische Praxis wäre. Wer politisch aktiv werden will, muss nicht vorher drei Jahre lang Marx, Gramsci oder die neuesten Entwicklungen in feministischer oder postkolonialer Theorie studiert haben. Denn die Begriffe, Sichtweisen und Verständnisse der Welt, die verändert werden soll, entwickeln sich in vielfältigen Praxen: in der theoretischen Arbeit ebenso wie im praktischen Widerstand. Idealerweise werden in der Theorie die Erfahrungen einer gemeinsamen politischen Praxis oder die historischen Erfahrungen anderer reflektiert.

So kann theoretisches Wissen über die bestehenden Verhältnisse zur Zuspitzung und Weiterentwicklung von praktischer Kritik beitragen: Warum stoßen schwächere und emanzipatorische Gruppen immer wieder an Grenzen der Veränderung? Aus was bestehen also die verfestigten "Strukturen", die immer wieder bestimmte Interessen und Formen der Auseinandersetzung (nämlich gegenüber dem Staat und in der breiten Öffentlichkeit) privilegieren? Diese Fragen allgemein und für die jeweils spezifischen Situationen zu stellen, ist ein wichtiger Teil emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung.

Diese Fragen werden immer wieder dahingehend diskutiert, was eigentlich eine angemessene und was eine zu kurz greifende Kritik am Kapitalismus ist. Manchmal gerät dies zum Schlagabtausch über Kapitalismusbegriffe, in welchem es nur noch um eines zu gehen scheint: Wer hat den kürzesten? Als konkrete Intervention in bestimmte Debatten hat der Vorwurf einer verkürzten Kapitalismuskritik zwar nicht nur seine Berechtigung, sondern ist sogar dringend geboten. Das zeigt das Beispiel der internationalen Finanzmärkte. Eine Kapitalismuskritik, die sich vor allem hieran festmacht, greift analytisch zu kurz und beinhaltet immer die Gefahr einer strukturellen Anschlussfähigkeit an antisemitische Stereotype. In diesem Sinne war die BUKO-Intervention gegen Attac¹ nötig und hat durchaus zu einer Sensibilisierung im globalisierungskritischen Spektrum beigetragen. Als strategische Orientierung droht der Vorwurf einer verkürzten Kapitalismuskritik allerdings die Bedeutung politischer Zuspitzungen und konkreter Botschaften zu verkennen. Denn erst über diese werden gesellschaftliche Widersprüche politisiert und konstituieren sich soziale Bewegungen. Entscheidend ist dabei weniger, inwieweit die Botschaften und Zuspitzungen der ganzen Komplexität abstrakter Warenvergesellschaftung gerecht werden, sondern inwieweit sie die Möglichkeit einer Dynamik beinhalten, die über eine bloße Reform von Herrschaftsverhältnissen hinausweist.

Radikale Kritik bedeutet daher, soziale Bewegungen nicht mit dem abstrakten Vorwurf verkürzter Kapitalismuskritik zu konfrontieren, sondern das Radikalisierungspotenzial bzw. den utopischen Überschuss "reformistischer" Forderungen auszuloten und in diesem Sinne an einer Weiterentwicklung von Bewegungspolitik mitzuwirken.² Worauf es ankommt, ist ein gemeinsamer Austausch über Möglichkeiten, Erfahrungen und Hindernisse emanzipatorischer Veränderungen. Es geht gerade nicht um den "großen Wurf", sondern um eine Vielzahl von Strategien und Handlungen, die sich allesamt notwendigerweise in Widersprüche und Dilemmata verheddern. Letztere können nicht aufgelöst werden, vielmehr geht es darum, bewusst und produktiv mit ihnen umzugehen. Dabei sollen andere Positionen, die sich zu den aktuellen Veränderungen vor allem defensiv verhalten oder in einem stabilisierten und stärker umverteilenden globalen Kapitalismus ("globaler Keynesianismus") den einzig gangbaren Weg sehen, nicht denunziert werden. Stattdessen suchen wir die argumentative Auseinandersetzung mit ihnen. Den zapatistischen Slogan "Eine andere Welt ist möglich!", um dessen Inhalt und Konsequenzen gerungen wird, verstehen wir dabei als gemeinsamen Ausgangspunkt. Radikal bedeutet schließlich, unterschiedliche soziale Verhältnisse und ihre je spezifischen herrschaftsförmigen Vermittlungen in den Blick zu nehmen. Wir gebrauchen den Begriff "Herrschaft" hier in einem umfassenden Sinn: sowohl für offene Gewalt- und Zwangsverhältnisse als auch für abstrakte Zwänge, die sich im Handeln der Subjekte reproduzieren, deren Ursprung deshalb nicht auf angebbare Akteure zurückgeführt (personifiziert) werden kann und deren Befolgung nicht mit physischer Gewalt erzwungen wird. Beide Formen der Herrschaft hängen eng miteinander zusammen. Um sie überwinden zu können, halten wir es für nötig, die gesellschaftlichen Verhältnisse umfassend in den Blick zu nehmen.

Ihrem Selbstverständnis nach und im Gegensatz zu den nationalen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre (Ökologie-, Frauen-, Friedens-, Dritte-Welt-Bewegung) sind die globalen sozialen Bewegungen keine "Ein-Punkt-Bewegungen". Sie lassen sich deshalb auch nicht auf eine Bewegung für eine alternative politische Regulierung der Weltwirtschaft reduzieren. Jedoch sehen wir bei einem Teil die Gefahr, dass andere soziale Verhältnisse als das Kapitalverhältnis, also etwa die Natur- und Geschlechterverhältnisse, vernachlässigt werden.³ Dagegen reicht nicht ein Appell. Denn die Erfahrung zeigt, wie sich alte (Ausblendungs-)Muster schnell reproduzieren. Die BUKO ist hierfür ein Beispiel: Sind schon Frauen leicht unterrepräsentiert, was auch für die meisten anderen politischen Zusammenhänge leider immer noch typisch ist, so gilt dies noch stärker für nicht-deutsche und/oder nicht-weiße Menschen. Um nicht der Blindheit der eigenen Standpunkt-Perspektive zu erliegen, versucht die BUKO, auf andere Zusammenhänge zuzugehen. Wesentlich ist dies besonders angesichts ihres Selbstverständnisses als internationalistische Vernetzung. Es reicht nicht, die Welt aus unserer Perspektive besser machen zu wollen - genau dies war ja der Ansatz einer gut gemeinten Entwicklungspolitik, und nicht umsonst hat die BUKO diesen Terminus aus ihrem Namen verbannt. Denn entwicklungspolitisch ausgerichtete, aber auch klassische internationalistische Bewegungen verstanden sich als Sprachrohr der Unterdrückten in der Dritten Welt. Doch nicht zuletzt aufgrund der Anmaßung, Marginalisierte angemessen repräsentieren zu wollen, blieb die eigene Verstrickung in hegemoniale Denkmuster außer Acht. Diese gilt es aber zu reflektieren, und dazu muss der Fehler vermieden werden, ein dominantes Herrschaftsverhältnis zu identifizieren, alle anderen Verhältnisse hieraus abzuleiten und den Abbau letzterer als eine Art "Kollateral-Nutzen" der Beseitigung des ersteren zu erwarten.

Radikale Kritik im hier skizzierten Sinne - d.h. umfassende und grundlegende Kritik, die sich in einem spannungsreichen Verhältnis zwischen Theorie und Praxis sowie zwischen unterschiedlichen emanzipatorischen Praxen beständig weiterentwickelt - kann u.E. einen wichtigen Beitrag zum Selbstverständnis und zur Orientierung der globalen sozialen Bewegungen leisten. Sie besitzt also einen nicht unerheblichen Gebrauchswert. Worin dieser im Einzelnen liegt, soll im Folgenden in mehreren Punkten und ohne Anspruch auf Vollständigkeit erläutert werden.

2. Radikale Kritik kann vor Illusionen bewahren

Ein erster und nicht zu unterschätzender Gebrauchswert radikaler Kritik liegt darin, dass sie vor Illusionen bewahrt, besonders vor der Illusion, mittels staatlicher Politik ließe sich dem neoliberal entfesselten Kapitalismus wieder ein menschliches Antlitz verleihen, sofern nur der "Druck von unten" groß genug sei. Diese Illusion ist gerade in Teilen der globalen sozialen Bewegungen und in manchen Kreisen der kritischen Wissenschaft weit verbreitet.

Kein Zweifel: Staatliche Politiken ändern sich durchaus mit gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Und es ist keineswegs auszuschließen, dass z.B. eine Steuer auf Devisentransaktionen irgendwann auf die staatlich-politische Tagesordnung kommt. Dennoch halten wir ein hohes Maß an Skepsis gegenüber staatlicher Politik für angebracht. Das heißt nicht, dass wir Forderungen wie der nach Re-Regulierung der Weltwirtschaft mit einem abstrakten Etatismus-Vorwurf begegnen, wie dies von Seiten linker Kritik manchmal getan wird. Wohl aber halten wir es für nötig, eine permanente Reflexion darüber einzufordern, dass die politische Steuerung und Umverteilung nur eine staatliche Funktion darstellt. Eine andere, nicht minder wichtige liegt in der Absicherung sozialer Herrschaftsverhältnisse. Auch wenn letztere durch staatliches Handeln "sozialverträglicher" gestaltet werden können, so kann der Staat sie doch nicht aufheben. Anders ausgedrückt: Mit der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse können sich die Spielräume für eine staatliche Politik etwa zugunsten von Lohnabhängigen oder SozialhilfeempfängerInnen erhöhen. Das Kapitalverhältnis selbst wird davon nicht tangiert. Staat und Kapitalverhältnis sind eng aufeinander bezogen: Der Staat ist die politische Form, ohne die das Kapitalverhältnis und andere Formen von Herrschaft an ihren eigenen Widersprüchen zerbrechen würden. Gleichzeitig bedarf staatliche Politik aus Gründen der Legitimation und der materiellen Handlungsfähigkeit einer funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft. Hierin liegt auch der Grund dafür, dass es für bestimmte gesellschaftliche Interessen leichter ist, in staatliches Handeln Eingang zu finden als für andere (die "strukturelle Selektivität" des Staates).

Der Herrschaftsaspekt staatlichen Handelns offenbart sich nicht zuletzt in den Resonanzen, die die globalen sozialen Bewegungen selbst erzeugen: Einerseits gelingt es letzteren durchaus, die Widersprüche des neoliberalen Kapitalismus erfolgreich zu politisieren, so dass sich mit einiger Berechtigung von einer Akzeptanzkrise des Neoliberalismus sprechen lässt. Andererseits findet dies in staatlicher Politik kaum einen Niederschlag. Im Gegenteil: Während die Bewegungen immer stärker und ihre Demonstrationen immer größer werden, wird staatliche Politik immer neoliberaler - sei es durch eine offen rechte Politik oder durch Parteien im sozialdemokratischen Gewand. Auf das "Unbehagen in der Globalisierung" wird mit rassistischen und nationalistischen Identifikationsangeboten reagiert. Ergänzt wird dies durch manifeste Gewalt: durch zunehmende Repression nach innen und militärische Konflikt-"Lösung" im internationalen Maßstab. Wir befinden uns mit anderen Worten in einer Situation, in der Herrschaft auch in den Metropolen immer mehr auf Zwang aufbaut, in der liberaldemokratische Institutionen nicht nur zunehmend leer laufen, sondern - siehe Bush oder Berlusconi, Schily oder Schill - auch gezielt außer Kraft gesetzt werden. Die Repräsentation subalternen Interessen innerhalb des Staates schwindet dabei dramatisch, mit der Folge, dass der Staat unempfindlicher wird gegenüber gesellschaftlichem Druck von links. "Die Institutionen haben eine Immunität gegenüber dem Druck der Straße entwickelt", urteilt Boris Kagarlitzky. "Das politische Establishment spürt seine Unabhängigkeit und Unverwundbarkeit. Hier ist eine eiserne Logik am Werk: je mehr Krieg, desto weniger Demokratie."⁴

3. Radikale Kritik stellt die Formen von Politik in Frage

Vor dem Hintergrund der Schwäche eines linken Internationalismus und einer Art Desillusionierung hat in den 90er Jahren ein Wechsel der Politikformen und -inhalte stattgefunden. Viele internationalistisch arbeitende Gruppen transformierten sich in professionelle Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Lobbyismus gewann als Handlungsform an Bedeutung, professionell arbeitende Presseabteilungen wurden aufgebaut. Diese Entwicklungen sind sehr ambivalent. Einerseits wurden Infrastrukturen und Formen der Intervention in herrschende Debatten geschaffen, die es erlaubten, manche Inhalte und Errungenschaften der sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre über die Durststrecke der 90er Jahre hinweg zu retten. Andererseits wurden die Inhalte und Errungenschaften dabei selbst transformiert: Eingebettet in neue Politikformen wurden sie auf ein "realistisches", d.h. an die herrschende Wahrnehmung anschlussfähiges Maß zurechtgestutzt. Des Weiteren schürte die politische Aufmerksamkeit, die vielen NGOs - auch vor dem Hintergrund der großen UN-Konferenzen der 90er Jahre - zuteil wurde, Illusionen: Die Öffentlichkeit wurde als neutrales Terrain begriffen, auf dem alle zu Wort kommen könnten, sofern sie sich nur mediengerecht äußerten. Übersehen wurde dabei, dass nicht nur die Bandbreite dessen, was in einer breiten Öffentlichkeit als akzeptable Meinung gilt, sehr begrenzt ist, sondern dass viele Stimmen von vorneherein ausgegrenzt bleiben, dass nur "für" bzw. "über" sie gesprochen werden kann - wie beispielsweise über die "Hungernden in der Dritten Welt".

Das Gleiche geschieht durch die im Lobby- und Expertendiskurs (auch dieser ist konzipiert als ein "für" und "über") vorausgesetzte Vorstellung, das "bessere Argument" könne zu einer Änderung der Politik führen. Manager von Multinationalen Unternehmen und Hungernde im globalen Süden haben sicherlich eine unterschiedliche Auffassung darüber, welche Rolle der Profit spielt. Immer wieder lässt sich beobachten, dass LobbyistInnen von der Betroffenen- auf die herrschende Perspektive wechseln. Peter Wahl hat dies eindringlich am Beispiel der Rolle von NGOs in der "HIPC-Initiative", eines Programms der Weltbank zugunsten hochverschuldeter Entwicklungsländer, aufgezeigt: In regelmäßigen, von der Weltbank initiierten Gesprächen entwickelten die anfangs kritischen NGOs ein Verständnis für die Komplexität der Schuldenthematik und machten sich das Konzept eines "tragfähigen Schuldendienstes" zu Eigen. Der Weltbank gelang es, "den politischen Kern von Verschuldung, das Dominanzverhältnis zwischen Gläubigern und

Schuldern", zu dethematisieren und den Konflikt auf die technische Frage, bis zu welcher Höhe der Schuldendienst noch tragfähig sei, zu lenken. Es kam zur "freiwilligen Übernahme einer heteronomen Problemdefinition und -konstitution" durch die NGOs, und die NGOs gerieten in die Rolle eines "Transmissionsriemen(s) für Weltbankinteressen"⁵. Während sich die Lobbyistin selbst der Hierarchie unterwirft, indem sie aktiv die Entscheidungsgewalt des anderen anerkennt, wird bei direkten Aktionen dieses Machtverhältnis gleich doppelt herausgefordert: zum einen als konfrontative Haltung gegen die bestehende Entscheidungsgewalt, zum anderen ohne die Versuchung, sich dem hegemonialen Denken noch weiter anzugleichen. Das ist umso wichtiger, als Machtverhältnisse ohnehin die Sichtweise aller prägen. Selbst mit den besten Absichten sind wir immer noch gekennzeichnet durch das, was Stuart Hall das "alles beherrschende weiße Auge" nennt: den unbenannten Ort, von dem aus die Welt betrachtet wird.⁶ Guter Wille allein reicht nicht, diesem vorgeprägten Verständnis zu entfliehen. Vielmehr geht es darum, Erfahrungen anderer Menschen, ihre Lebensverhältnisse und ihre Kämpfe systematisch zur Kenntnis zu nehmen (ohne sie zu romantisieren). Hier ist es von Vorteil, wenn Menschen aus verschiedenen Verortungen heraus miteinander in Kontakt treten. Umso eher können Positionen verschoben und Hierarchien aufgehoben werden. Gefordert ist also ein gegen-hegemoniales Wissen aller Formen von Herrschaft.

Indem radikale Kritik theoretisch wie praktisch immer wieder eine grundlegende Reflexion über die Verhältnisse, die es zu verändern gilt, einfordert, befreit sie gerade von der Fixierung auf diese Verhältnisse und ihre institutionelle Verdichtung im Staat. Sie kritisiert nicht nur die Inhalte staatlicher Politik - sind diese neoliberal oder keynesianisch? -, sondern auch die Formen, in denen Politik gemacht wird. Damit spricht sie dem Staat auch das ihm vom Alltagsverstand zugesprochene Politikmonopol ab. Denn in die Formen haben sich soziale Herrschaftsverhältnisse bereits eingeschrieben. Dies zeigt sich schon an der Definition von Problemen, also daran, wie sich aus der Vielfalt gesellschaftlicher Phänomene politisch verhandelbare Themen herausbilden und definiert werden: Das Problem der sozialen Sicherungssysteme etwa ist die "Kostenexplosion" und nicht die Arbeitslosigkeit bzw. die Tatsache, dass sich immer mehr Unternehmen und vermögende Einzelpersonen einer Beteiligung an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme entziehen können. Diese herrschaftsförmige Selektivität im Prozess der Problemdefinition setzt sich fort bei der Problembearbeitung und gibt auch die Problemlösung vor: Wenn das Problem der sozialen Sicherungssysteme erst einmal als Kostenexplosion identifiziert ist, dann gilt die Privatisierung von Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit als reformerische Politik, während die Verteidigung erkämpfter Errungenschaften als "Modernisierungshemmnis" gebrandmarkt wird.

Natürlich ist staatliche Politik selbst widersprüchlich, und natürlich können und sollen diese Widersprüche auch von emanzipatorischen Kräften politisiert werden. Wenn wir dafür plädieren, die Formen von Politik in Frage zu stellen, dann argumentieren wir nicht gegen die gezielte Einflussnahme auf die bürgerliche Öffentlichkeit und/oder auf staatliche Akteure, sondern gegen den Glauben, vor allem damit werde "Politik" gemacht. Verhandlungen mit staatlichen Entscheidungsträgern machen durchaus Sinn, wenn z.B. Abschiebungen oder anderes menschliches Leid verhindert werden kann. Uns geht es jedoch darum, die Einflussnahme auf staatliche Politik als zentrale strategische Orientierung in Frage zu stellen. Denn bei allen Widersprüchen bedeutet das Mitmischen-Wollen in den meisten Fällen, die bestehenden Verhältnisse nach den Spielregeln zu bekämpfen, die diesen Verhältnissen erst ihre Stabilität verleihen. François Chesnais, Claude Serfati und Charles-André Udry ist deshalb Recht zu geben, wenn sie dafür plädieren, sich "weniger häufig auf das Terrain des Gegners" zu begeben, um ihn zu bekämpfen, sondern "den Blickwinkel und die Postulate des herrschenden Diskurses zurückzuweisen".⁷ Es geht darum, den gesellschaftlichen "Referenzrahmen" zu verschieben, also neu zu definieren, was als legitim, denkbar und verhandelbar gilt. Nötig erscheint uns hierzu weniger eine - unter den derzeitigen Bedingungen völlig irreal - "Realpolitik", sondern ein klares und bewusstes "Nein" - ein "Ya basta!" -, das die herrschende Alternativlosigkeit erschüttert und jene produktive Unruhe herstellt, unter der sich neue Formen von Politik entwickeln können. Im Kontext der globalen sozialen Bewegungen könnte dies etwa bedeuten, gegenüber der Forderung nach einer Reform der WTO die Forderung nach deren Abschaffung stark zu machen. Natürlich ist die Erfüllung dieser Forderung auf absehbare Zeit völlig unrealistisch, und auch die Frage nach Alternativen wäre mit ihrer Erfüllung noch nicht beantwortet. Darauf kommt es jedoch nicht an. Entscheidend ist vielmehr, dass die Forderung "Abschaffen" weniger leicht integrierbar ist als die Forderung "Reformieren". Sie besitzt jenen utopischen Überschuss und jenes Irritationspotenzial, das nötig ist, um Alternativen überhaupt erst wieder denkbar zu machen.

Nur wenn wir die Form der Politik verändern, wird sich ihr Inhalt verändern können. "Seriöse" Politik hat nichts mit Gefühlen zu tun, sondern ist eine vermeintlich rationale Veranstaltung. Ein Blick auf die traurigen PolitikerInnen mit ihrem professionellen Mediengrinsen belegt diese These, und sie wird von linker Politik immer wieder reproduziert. Eine radikal emanzipatorische Gesellschaftsveränderung wird aber nur möglich sein, wenn - neben aller Anstrengung - Freude am Kämpfen, an Lernprozessen und (Selbst-)Veränderung entsteht.

4. Radikale Kritik setzt an Alltagspraxen an

Bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften reproduzieren sich auch in ihrem neoliberalen Zeitalter nicht nur durch staatliche Politik oder die Durchsetzungsmacht der transnationalen Unternehmen. Ihre Dynamik und Stabilität gewinnen sie auch - vielleicht mehr denn je und der zunehmenden Zwangselemente zum Trotz - durch das Mitmachen der Menschen. Herrschaftsverhältnisse haben sich tief in den Alltagsverstand der Menschen eingeschrieben, Herrschaft, sofern sie nachhaltig ist, beruht wesentlich auf aktiver Selbstunterwerfung⁸ (die gleichwohl nicht losgelöst ist von den Zwängen materieller Reproduktion und staatlicher Repression). Foucault hat beschrieben, wie "die Techniken der Herrschaft über

Individuen sich der Prozesse bedienen, in denen das Individuum auf sich selbst einwirkt" und wie umgekehrt "die Selbsttechnologien in Zwangs- oder Herrschaftsstrukturen integriert werden".⁹ Exemplarisch zeigt sich das an den neo-liberal geprägten Wahrnehmungs- und Vorstellungshorizonten, die alles Soziale nur noch durch die Brille des Ökonomischen zu sehen vermögen. Die Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen - vom Bildungs- und Gesundheitssystem über persönliche Beziehungen bis hin zu den Individuen selbst (Stichwort "Ich-AG") und ihren Körpern - wird zunehmend zur Normalität und ist eben deshalb so wirkungsmächtig.

Radikale Kritik kann die konkreten Mechanismen des Mitmachens aufzeigen, sie macht verstehbar, warum diese als alternativlose Zwänge oder als etwas Wünschbares empfunden werden. Und sie lenkt den Blick auf Ansatzpunkte von Emanzipation: Wenn die herrschenden Verhältnisse sich wesentlich über die Alltagspraxen der Menschen reproduzieren, dann sind es eben diese Praxen, in denen Herrschaft angreifbar wird. Das ist kein Plädoyer gegen die Internationalisierung von Protest. Im Gegenteil: Diese ist von hoher Bedeutung, weil nur so die verschiedenen Teile der Bewegungen über die jeweilige Partikularität hinausgehen können. Sie schafft Foren, in denen ein Austausch über die vielfältigen lokalen Widerstandspraxen stattfinden kann bzw. in denen diese überhaupt erst voneinander erfahren. Sie ermöglicht es den lokalen und nationalen Initiativen, sich als Teil globaler Bewegungen zu konstituieren. Insofern hat die Internationalisierung von Protest eine hohe symbolische Bedeutung und ist von der Veränderung der Alltagspraxen nicht zu trennen.

An letzteren anzusetzen heißt, sich darüber im Klaren zu sein, dass emanzipatorische Veränderung nicht schnell geht, dass sie sich nicht über den großen Bruch ereignet, auch wenn es natürlich Brüche geben muss, an denen Veränderung sichtbar wird. Antonio Gramsci spricht in diesem Zusammenhang von "Stellungskrieg": Im Gegensatz zum revolutionären "Bewegungskrieg" kann es nicht darum gehen, durch einen zeitlich und räumlich begrenzten Kraftakt, der in der Regel in die Übernahme der Staatsmacht mündet, Unterdrückungsverhältnisse zu beseitigen. Im Vordergrund steht vielmehr der Kampf um Hegemonie in der Zivilgesellschaft. Gramscis Terminologie klingt etwas martialisch, weil sie unter dem Eindruck der Russischen Revolution und der italienischen Situation der 1920er Jahre entwickelt wurde. Außerdem suggeriert sie, dass es "den" Gegner gebe, der besiegt werden müsse, was so, wie gesehen, nicht zutrifft. Allerdings gibt sie wichtige Hinweise für eine gesellschaftsverändernde Praxis: Ebenso wie symbolische, öffentlichkeitswirksame Aktionen braucht diese den langen Atem und die Bereitschaft, sich auf langfristige und komplizierte Suchprozesse einzulassen. Sie bedarf des widerständigen gemeinsamen Handelns in den unterschiedlichsten Bereichen: am Arbeitsplatz, in persönlichen Beziehungen, in der Uni, im Stadtteil etc. - mit dem Ziel, Herrschaftsverhältnisse aufzuspüren und ihnen ihre "Normalität" zu nehmen sowie alternative Problemsichten und Problemlösungen denkbar zu machen und zu praktizieren.

Beispiele dafür, wie das konkret aussehen kann, gibt es viele. In Europa sind dies etwa die sozialen Zentren in zahlreichen italienischen Städten. In diesen experimentieren Menschen mit solidarischen, jenseits von Markt und Staat liegenden Formen der Organisation von Produktion und Reproduktion. Auch die vielen Attac-Regionalgruppen, die sich in ihren jeweiligen Kontexten mit den Wirkungen und Politiken neoliberaler Globalisierung auseinandersetzen bzw. sich ihnen widersetzen, sind hier zu nennen. Im Süden sind die Ansätze noch zahlreicher. Zu den bekanntesten gehört die brasilianische Landlosenbewegung (MST): Landlose besetzen Land, um sich eine Existenzgrundlage zu verschaffen und um auf die ungerechte Landverteilung aufmerksam zu machen.¹⁰ An diesen Beispielen gibt es nichts zu romantisieren. Die Möglichkeit von Menschen und Kollektiven, ihr Leben selbst und im solidarischen Austausch mit anderen zu gestalten, stößt immer wieder an Grenzen. Außerdem besteht die Gefahr einer kurzzeitigen Emphase, welche allzu oft eine übergroße eigene Stärke suggeriert und anschließend zu Enttäuschungen führt. Dazu kommt, dass gerade die im Süden vorfindbaren Ansätze häufig aus einer reinen Existenznot heraus geboren werden. Bemerkenswert bleibt jedoch die Suche nach und das Experimentieren mit solidarischen Formen der Organisation des Alltags. Sie streben die unmittelbare Verbesserung konkreter Lebensbedingungen an und zeigen die Möglichkeit solidarischer Vergesellschaftung auf.

5. Radikale Kritik lässt Raum für unvorhersehbare Brüche

Prozesse und Ergebnisse emanzipatorischer gesellschaftlicher Veränderungen lassen sich nicht vorherbestimmen. Es gibt nicht den "großen Wurf", der die Sichtweisen der in ihren je spezifischen Kontexten für Emanzipation kämpfenden Menschen berücksichtigen könnte. Dennoch nimmt mit der Verstärkung von Bewegungen die Wahrscheinlichkeit zu, dass der Ruf nach ausgearbeiteten Entwürfen einer anderen Politik lauter wird. Die aktuellen Diskussionen in Teilen der globalen sozialen Bewegung sind hierfür ein Beispiel (siehe etwa die Forderung von Susan George nach einem "planetarischen Gesellschaftsvertrag"). Beflügelt wird dies noch dadurch, dass in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem bzw. nur solche Kritik als legitim gilt, die eine Alternative zum Bestehenden präsentieren kann. Mit der Konkretheit und Plausibilität der Vorschläge nimmt folglich auch die öffentliche Aufmerksamkeit zu, die einer Bewegung bzw. Teilen derselben zuteil wird und die ein wesentliches Moment ihrer Selbstvergewisserung bildet.

Wir sehen hierin einerseits eine Gefahr, und zwar insofern, als der Wunsch nach eindeutigen Konzepten in einem Spannungsverhältnis steht zu den suchenden Veränderungsprozessen und zu der erst in der Ergebnisoffenheit möglichen Überschreitung des bisher Denk- und Machbaren, also zu wichtigen Momenten von Emanzipation. Ausgearbeitete Alternativen drohen die globalen sozialen Bewegungen auf einen einheitlichen Nenner zu bringen und ihnen damit genau das zu nehmen, was ihre Stärke ausmacht: nämlich ihre Vielfalt. Entsprechend muss bei jeder Suche nach Alternativen die Offenheit und Nicht-Planbarkeit ernst genommen werden. Radikale Kritik an den Verhältnissen entsteht nicht allein theoretisch, sondern aus spezifischen Erfahrungen und dem Austausch dieser Erfahrungen. Ganz entscheidend ist dabei die Anerkennung und Austragung von vielfältigen Differenzen. Erst dann fin-

den Lernprozesse statt, die es ermöglichen, in den Worten der Zapatistas, "Unterschiede zu erkennen und Ähnlichkeiten anzuerkennen" und sich als in einem gemeinsamen Kampf befindend zu begreifen.

Andererseits stellt sich auch für eine radikal kritische Position das Problem der Alternative, und zwar im Sinne einer konkreten Intervention in politische Konflikte. Diese ereignet sich zum einen andauernd, denn Alternativen entstehen ja an vielen Orten aus den Zumutungen und Widerständen von Millionen von Menschen heraus. Zum anderen ist es aber auch wichtig, spezifische Vorschläge zu machen, wenn diese nicht selbst aus den Konflikten heraus entstehen. Wie könnten, so nur eine brennende Frage, alternative Systeme der sozialen Sicherung aussehen, wenn diese weder dem paternalistischen Staat noch dem privaten Kapital überlassen werden soll?

Es geht daher nicht um die Gegenüberstellung von Alternativen versus Kritik, sondern einerseits um die Anerkennung, dass heute in der praktischen Kritik an den Verhältnissen Alternativen entstehen und darum gekämpft werden muss, dass emanzipatorische Ansätze nicht von den neoliberal-neoimperialistischen Verhältnissen an die Wand gedrückt werden. Andererseits ermöglicht ein Blick auf die komplexen und tiefsitzenden Lebens- und Herrschaftsverhältnisse einen umfassenderen Begriff von Alternativen. Es geht nicht nur um technische Vorschläge, sondern auch und vor allem um Lernprozesse und Erfahrungen sowie um ihr Verhältnis zu herrschenden staatlichen und anderen Institutionen. Es kommt darauf an, Raum für das Unvorhersehbare und Irritierende, für das Horizonte öffnende und Nicht-Integrierbare zu schaffen.

Anmerkungen:

1 Siehe <http://www.buko.info/asww/attachbrief.html>.

2 Vgl. den Beitrag von Thomas Seibert in diesem Band sowie den Ansatz des "radikalen Reformismus" bei Josef Esser / Christoph Görg / Joachim Hirsch (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg 1994

3 Vgl. die Beiträge von Ariane Brensell und Katharina Pühl sowie von Christoph Görg in diesem Band

4 Boris Kagarlitzky: Die brennendsten Fragen wurden ausgeklammert, in: ak - analyse + kritik 468 (2002), S. 14

5 Peter Wahl: "Sie küsstet und sie schlugen sich". Zum Verhältnis von NGO und internationalen Regierungsorganisationen, in: Ulrich Brand / Alex Demirovic / Christoph Görg / Joachim Hirsch (Hg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster 2001, S. 128 ff. Siehe auch Josef (Moe) Hierlmeier: Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus, Stuttgart 2002, S. 130 ff

6 Stuart Hall: Die Konstruktion von "Rasse" in den Medien, in: N. Rätzkel (Hg.), Stuart Hall. Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, Hamburg 1989, S. 159

7 François Chesnais / Claude Serfati / Charles-André Udry: Die Zukunft der ›Anti-Globalisierungs-Bewegung‹, in: SoZ vom 29. März 2001

8 Vgl. Alex Demirovic: Demokratie und Herrschaft, Münster 1997, S. 257

9 Foucault zitiert nach Thomas Lemke / Susanne Krasmann / Ulrich Bröckling: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien, in: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart, Frankfurt/M. 2000, S. 29. Vgl. auch den Beitrag von Regina Brunett und Stefanie Gräfe in diesem Band.

10 Vgl. in diesem Zusammenhang medico-Projektgruppe real life economics: Real Life Economics. Perspektiven der Globalisierung und der internationalen Solidarität, sowie dies.: Am Anfang steht das Überleben. Selbstorganisation und Alltagsökonomie in Südafrika. Gegenverkehr. Beide Texte sind erschienen in: Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus, iz3w-Sonderheft, Freiburg 2001.